

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/033(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Mittwoch, 19.04.2017	Ratssaal	16:30 Uhr	18:45 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.17
- 4 Beschulung von Migranten
- 5 Aktivitäten im Sportbereich
- 6 Vorbereitung der Bildungskonferenz
- 7 Stand Umsetzung Neubau von Schulen

- |      |   |           |
|------|---|-----------|
| 8    | Beschlussvorlagen   |           |
| 8.1  | Satzung über die Schulbezirke der kommunalen Grundschulen im Einschuljahr 2018/19 | DS0064/17 |
| 9    | Informationen   |           |
| 9.1  | Sanierung der Goethe-Schule in Sudenburg  | I0096/17  |
| 9.2  | Grundschulbau Ottersleben   | I0100/17  |
| 9.3  | Sachstand Konzept zur Weiterentwicklung des Naherholungszentrums Barleber See I   | I0101/17  |
| 10   | Verschiedenes   |           |
| 10.1 | Sachstandsbericht des KGm   |           |
| 11   | Nichtöffentliche Sitzung  |           |

Anwesend:

**Vorsitzender**

Bernd Heynemann

**Mitglieder des Gremiums**

Gunter Schindehütte

Christian Hausmann

Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Jenny Schulz i. V. SR Wendenkampf

Jürgen Canehl

**Geschäftsführung**

Diana Dreyer

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Oliver A. Wendenkampf

**Sachkundige Einwohner/innen**

Anke Jäger

Dr. Joachim Köhler

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Verwaltung sowie anwesende Gäste.

Der Ausschuss ist mit 6 anwesenden Stadträten beschlussfähig. Ab 17:00 Uhr sind 7 Stadträte anwesend.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**Stadtrat Kräuter** bittet darum, den TOP 8.1 – DS 0064/17 – vorzuziehen. **Der Vorsitzende** schlägt vor, die Drucksache nach der Bestätigung der Niederschrift zu behandeln.

Der so veränderten Tagesordnung wird mit **6:0:0 Stimmen** zugestimmt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.17

---

**Stadtrat Canehl** bittet um folgende Ergänzung:

Auf die Nachfrage von Stadtrat Canehl zur Entwicklung der Einschülerzahlen erklärt Herr Krüger, FBL 40, dass in 5 Jahren 350 Kinder mehr eingeschult werden als heute.

**Stadtrat Schindehütte** weist noch einmal auf die Aussage des Bildungsministeriums hin, dass die Zuweisungen von Schülern in der Verantwortung des Schulträgers liegt. Wie ist die Umsetzung im Fachbereich 40? **Herr Krüger** erläutert, dass der Schulträger für die Zuweisungen der Klassen 1 und 5 zuständig ist. Bei Überschreitung der Schulbezirksgrenzen liegt die Zuständigkeit für die Zuweisungen beim Landesschulamt. **Stadtrat Mewes** teilt die Auffassung, dass der BSS sich der Intention des Oberbürgermeisters anschließen soll und unterstützt, dass die Zuweisungen generell dem Schulträger obliegen. Er schlägt vor, dass der OB in einem Schreiben das Bildungsministerium hier um eine konkrete Aussage bittet.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen und stellt folgenden Auftrag an die Verwaltung:

**Der Ausschuss BSS** bittet den Oberbürgermeister, einen Termin mit dem Bildungsministerium zu vereinbaren, um das Thema zu klären.

Die Niederschrift wird mit **5:0:1 Stimmen** bestätigt.

### 4. Beschulung von Migranten

---

**Frau Andrae, FB 40**, informiert, dass die aktuelle Aufstellung dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

**Stadtrat Wendenkamp** wünscht eine Aufstellung pro Schule – unterteilt nach Herkunftsländern – sowie den Stand der Umsetzung der Schulpflicht der über 16Jährigen.

**Herr Krüger** macht den Vorschlag, dass zu diesem Thema in der Mai-Sitzung des BSS Herr Frase teilnehmen und ausführlich erläutern könnte. **Der Vorsitzende** stimmt dem zu.

## 5. Aktivitäten im Sportbereich

---

Zur Anfrage des Kanuvereins informiert **Frau Richer, FB 40**, dass es ein Gespräch mit Herrn Bach und dem Olympiastützpunkt gegeben hat. Für 2018 sind Mittel angedacht.

Die Rampe in der Othrichstraße wurde fertiggestellt. Für die Zuwegung und die Behindertenparkplätze wurden Kosten i.H.v. 16.500 EUR ermittelt. Die Realisierung wird im Rahmen der Haushaltsdurchführung für das 3. bzw. 4. Quartal 2017 geprüft. Ansonsten werden Mittel in den Haushalt 2018 eingestellt.

**Stadtrat Kräuter** und **Herr Pischner** bedanken sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung der Maßnahme.

**Stadtrat Mewes** weist auf den offenen Brief der Sportvereine hin, in dem es um die geringere personelle Zuweisung von Mitarbeitern geht. Diese ist der Kürzung der finanziellen Mittel durch den Bund geschuldet. Er ist der Meinung, dass der BSS hier ein politisches Signal setzen sollte. Er schlägt vor eine „Task Force“ aus vorhandenem Personal zu bilden, um die Außenanlagen zu pflegen.

**Frau Richter** informiert, dass der offene Brief durch den Oberbürgermeister beantwortet wird und weist darauf hin, dass arbeitsförderliche Maßnahmen auch zusätzliche Mittel bedeuten. Die Probleme werden in der Verwaltung gesehen. Sie informiert auch, dass es bereits eine Art „Task-Force“ über eine GISE-Maßnahme und im FB 40 einen Pflegekomplex gibt, der die Sportplätze in der Pflege der Außenanlagen unterstützt.

**Stadtrat Hausmann** merkt an, dass die Konstellation AQB/GISE/Jobcenter sehr schwierig und unübersichtlich ist.

**Der Vorsitzende** bittet im Auftrag des BSS, dass die Verwaltung dazu nochmals Kontakt mit den Sportvereinen aufnimmt.

## 6. Vorbereitung der Bildungskonferenz

---

**Herr Sengstock, FB 40**, informiert, dass die Arbeitsgruppe am 29.03.17 getagt hat. Der Ablauf ist bezüglich der Redebeiträge abgestimmt. Nach wie vor steht aber immer noch aus, ob das Bildungsministerium sich mit einem Redebeitrag beteiligt. Daher gibt es 2 Varianten für den Ablauf. Der präzisierte Ablauf wird Mitteilung des Ministeriums vorgelegt.

Der Rücklauf aus den Schulen ist bis Ende April zu erwarten.

**Stadtrat Mewes** hält eine Presseinformation für sinnvoll. Auch sollte in den Fraktionen nochmals für eine Teilnahme an der Bildungskonferenz geworben werden.

**Herr Prof. Puhle** äußert seine Enttäuschung über die Haltung des Bildungsministeriums.

**Stadtrat Canehl** schlägt vor, die landespolitischen Sprecher zur Bildungskonferenz einzuladen.

## 7. Stand Umsetzung Neubau von Schulen

---

**Herr Krüger** informiert, dass der Fördermittelbescheid für die FÖSK vorliegt.

Bezüglich der STARK-III-Maßnahmen liegen noch keine Bescheide vor.

Bezüglich der GS Ottersleben verweist er auf die I0100/17.

Zum Neubau der Schulen ist der Beschluss des Stadtrates über die Größe der Flächen abzuwarten.

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Mewes**, wann mit dem Baubeginn der FÖSK zu rechnen ist, teilt **Herr Geiger, KGm**, mit, dass dieses Jahr die Leitungsumverlegungen abgeschlossen werden sollen. Die Ausschreibung für den Baubeginn soll im 4. Quartal 2017 erfolgen; Baubeginn ist im Frühjahr 2018 geplant.

**Stadtrat Canehl** findet es befremdlich, dass bis heute noch nicht einmal mit der Planung begonnen wurde. **Herr Geiger** informiert, dass für die GS Stadtfeld die Planungsleistungen laufen. Es hat eine EU-weite Ausschreibung gegeben. Die ersten Verhandlungsgespräche sind nächste Woche geplant. Die Vorplanung soll 2017 abgeschlossen sein. Außerdem sollen Fördermittel eingeworben werden. Für die GS Brückfeld ist die Planung 2018 vorgesehen.

## Beschlussvorlagen

8.

---

- 8.1. Satzung über die Schulbezirke der kommunalen Grundschulen  
im Einschuljahr 2018/19  
Vorlage: DS0064/17
- 

**Herr Prof. Puhle** bringt die Drucksache ein. Die vorliegende Beschlussvorlage betrifft den Auftrag des Stadtrates vom Januar 2017, die Schulbezirke für das Schuljahr 2018/19 aufgrund des algorithmischen Optimierungsverfahrens durchzuführen. Die Ergebnisse liegen nun vor und es gibt einen Anstieg von 100 Schülern zum Schuljahr 2017/18.

In 5 Grundschulen werden die 1. Klassen um einen Zug erweitert. Die Richtgröße von 22 Kindern pro Klasse ist positiv umgesetzt worden sowie die Verteilung auf die Stadtgebiete. Allerdings kann ein nicht abzuschätzendes Umzugsverhalten der Einwohner zu Veränderungen führen.

Erstmals ist über eine Satzung zu den Schulbezirken zu entscheiden; diese muss dann jedes Jahr in aktueller Form beschlossen werden.

Der Beschluss des Stadtrates betrifft nur das Schuljahr 2018/19. Danach wird durch die Verwaltung eine Auswertung vorgelegt. Für das Schuljahr 2019/20 sollen die Schulbezirke dann früher festgelegt werden, um für die Eltern Planungssicherheit zu schaffen.

Durch die Verwaltung wurde eine Tischvorlage ausgeteilt, aus der hervorgeht, dass 381 Kinder von der Schulbezirksänderung betroffen sind.

**Stadtrat Mewes** fragt nach, wieso extra eine Satzung beschlossen werden muss, obwohl in der Drucksache alles geregelt ist. **Bg IV** erläutert, dass das aus formalen Gründen nach dem Schulgesetz nötig ist.

**Stadtrat Kräuter** dankt der Verwaltung und findet, dass damit eine gute Basis geschaffen worden ist. Veränderungen sind in den nächsten Jahren anpassbar.

**Stadtrat Canehl** macht noch einmal deutlich, dass seine Fraktion grundsätzlich für die Aufhebung der Schulbezirke eintritt. Trotzdem kann der Vorlage zugestimmt werden. Er kritisiert allerdings die lange Bearbeitungszeit. Besonders wichtig sind ihm die kurzen Schulwege und die Planungssicherheit der Eltern. 274 Kinder werden voraussichtlich freie Schulen (inkl. Trilinguale Schule in Barleben) besuchen. Das beweist, dass es zu wenige Plätze an kommunalen Schulen gibt und bezogen auf die geplanten Schulneubauten wieder sehr knapp ausgelegt wurde. Beispielsweise ist eine 6-Zügigkeit der Grundschule Leipziger Straße zu viel.

Er fragt nach, wie mit den Differenzen zwischen den einzelnen Stadtteilen umgegangen wird. Zu beachten ist auch, dass nach Anerkennung der Flüchtlinge Kinder nachfolgen werden. Wie wird das berücksichtigt?

**Herr Prof. Puhle** weist darauf hin, dass die Trilinguale Schule in Barleben attraktiv ist und Eltern die freie Wahl haben. Unsicherheitsfaktoren sind jedes Jahr wieder gegeben. Bezüglich der GS Leipziger Straße hat das Asylbewerberheim auch zur Erhöhung der Zügigkeit geführt. Es könnte beispielsweise über eine Außenstelle in der Bertolt-Brecht-Schule oder über die Nutzung der dann leergezogenen FÖSK Fermersleber Weg nachgedacht werden.

**Der Vorsitzende** fasst die Ergebnisse/Fragen der Diskussion in seiner Fraktion zusammen:

1. Wie wird die Inklusion berücksichtigt?
2. Wie wird mit dem Präzedenzfall Lemsdorf umgegangen?
3. Wie werden Flüchtlings- und Migrantenkinder berücksichtigt?

Hier wird um kurzfristige Beantwortung durch die Verwaltung gebeten.

**Stadtrat Hausmann** teilt mit, dass die Vorlage in seiner Fraktion diskutiert wurde und im Ergebnis ein gutes Mittelmaß gefunden wurde.

**Stadtrat Kräuter** macht deutlich, dass Unsicherheiten nicht vorhersehbar sind; darauf müsse dann reagiert werden.

**Stadtrat Schindehütte** hat Bedenken zur Schaffung einer Außenstelle für die Grundschule Leipziger Straße und erinnert an das Beispiel der GS Ottersleben, wo die Außenstelle schon das 8. Jahr besteht. Er spricht sich für die eine neue Grundschule im Gebäude in der Bertolt-Brecht-Straße aus. Auch sind die neu geplanten Einfamilienhäuser im Hopfengarten noch nicht berücksichtigt und der Ausländeranteil muss besser verteilt werden.

**Stadtrat Mewes** weist nochmals darauf hin, dass es hier in der Drucksache nur um das Schuljahr 2018/19 geht. Dies hat der Stadtrat so beschlossen. Eine genaue Analyse ist danach möglich.

**Stadtrat Canehl** erläutert, dass die FÖSK im Fermersleber Weg für normale Klassen zu klein ist. Hier wurden immer weniger Kinder in den Klassen betreut; somit sind auch die Räume kleiner. Er schlägt ebenfalls vor, das Gebäude in der Bertolt-Brecht-Straße wieder in Betrieb zu nehmen.

**Herr Krüger** informiert, dass der Bescheid für die Ernst-Wille-Schule noch nicht vorliegt, die dann in die Bertolt-Brecht-Schule ausgelagert werden soll. Erst danach kann über eine weitere Verwendung der Schule in der Bertolt-Brecht-Straße nachgedacht werden.

**Stadträtin Schulz** fehlt in der vorgelegten Drucksache die Berücksichtigung von sozialen Belangen. Auch ist die Evaluation nach einem Jahr zu spät; hier muss schneller reagiert werden. **Herr Krüger** fragt nach, was mit sozialen Daten gemeint ist. **Stadtrat Hausmann** benennt z. B. die unterschiedliche Anzahl von Flüchtlingskindern in den Stadtteilen. **Stadtrat Schindehütte** ist es wichtig, dass gewachsene soziale Strukturen nicht auseinandergerissen werden (z.B. in Einfamilienhaussiedlungen). Hier geht es um das Kindeswohl.

Bezüglich des Themas Inklusion informiert **Herr Krüger**, dass in den Grundschulen ein GU-Kind (Gemeinschaftsunterricht) einfach zählt. Anders verhält es sich bei weiterführenden Schulen. Die Betreuung ist durch die Schule abzusichern. Das soziale Umfeld wurde mit dem Wohnortprinzip nach Adressen (Wegebeziehungen) berücksichtigt. Danach werden die Schülerströme aufgeteilt.

**Herr Prof. Puhle** erinnert daran, dass ein sehr geringer Prozentsatz an Migrantenkindern zu erwarten ist. Er weist auch darauf hin, dass bezüglich des sozialen Umfelds der Datenschutz zu berücksichtigen ist.

**Der Vorsitzende** stellt für den Stadtrat am 20.04.2017 den Antrag auf doppelte Redezeit zu dieser Drucksache. Die Mitglieder stimmen dem mit **3:2:1 Stimmen** zu.

**Stadtrat Canehl** bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Wiedereröffnung der Bertolt-Brecht-Schule zu prüfen und dem Ausschuss für Bildung, Schule und Sport mit Kostenschätzung zur BSS-Sitzung am 12.09.2017 Bericht zu erstatten.“

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Änderungsantrag mit **6:0:1 Stimmen** zu.

Die Drucksache wird mit **4:1:2 Stimmen** empfohlen.

## 9. Informationen

---

### 9.1. Sanierung der Goethe-Schule in Sudenburg Vorlage: I0096/17

---

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### 9.2. Grundschulbau Ottersleben Vorlage: I0100/17

---

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass es zwei Entscheidungsmöglichkeiten gibt, und zwar einen Erweiterungsbau an die jetzige Grundschule oder einen Schulneubau auf einer städtischen Fläche.

**Stadträtin Schulz** ist irritiert, dass der Stadtrat Schulneubauten beschließt und hier trotzdem wieder über einen Anbau nachgedacht wird. Die Grundschule Ottersleben ist derzeit schon zu groß. Wie geht es zeitlich weiter? Sie wünscht sich eine kurzfristige Lösung.

**Stadtrat Schindehütte** plädiert ebenfalls für einen Neubau auf der städtischen Fläche. Das Erbschaftsverfahren für das andere Grundstück ist zeitlich nicht einzuschätzen.

**Stadtrat Canehl** hält den Neubau für die einfachere und sichere Lösung und fordert, dass das B-Plan-Verfahren sofort in die Wege geleitet wird.

**Stadtrat Hausmann** spricht sich für eine schnelle Lösung aus.

**Herr Krüger** merkt an, dass bei beiden Möglichkeiten die zeitliche Dauer in etwa gleich ist. Bei der städtischen Fläche müsste ein B-Plan-Verfahren angeschoben werden.

Der BSS stellt folgenden Antrag:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Neubau an der Grundschule Ottersleben in der Amtsgartenstraße unverzüglich den B-Plan aufzustellen.“

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag mit **7:0:0 Stimmen** zu.

### 9.3. Sachstand Konzept zur Weiterentwicklung des Naherholungszentrums Barleber See I Vorlage: I0101/17

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 10. Verschiedenes

---

### 10.1. Sachstandsbericht des KGm

---

**Herr Geiger, KGm**, informiert zu den geplanten Schulhofsanierungen. Dazu haben Abstimmungen mit den Schulleitern der Grundschulen Sudenburg, Vogelgesang und Klosterwuhne stattgefunden. Im Ergebnis erfolgt die Aufgabenstellung. Die Mittel für die Vorplanung sind 2017 im Haushalt eingestellt. Die schrittweise Realisierung ist für 2018 vorgesehen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann  
Vorsitzender

Diana Dreyer  
Schriftführerin